

Übersetzung aus dem Türkischen

Verein der Völkermordgegner e.V. Frankfurt / Main

Postanschrift: Frankfurter Str. 105 64807 Dieburg Tel. & Fax: 069 / 5970813

Frankfurt, den 04. 11. 1999

An das Parlament der Republik Türkei Ankara

Für die offizielle Anerkennung des **Tatbestandes des Völkermordes** an Armeniern und dessen Verurteilung

Sehr geehrter Herr Präsident sehr geehrte Abgeordnete,

wir sind Menschen verschiedener ethnischer Identität und verschiedener Weltanschauungen, die sich unter dem Dach eines Vereins als einer zivilgesellschaftlichen Organisation zusammengeschlossen haben mit dem Wunsch, daß in der Region Anatolien und Mittlerer Osten, in der unsere Völker leben und die als Wiege der Kulturen gilt, statt Haß und Verachtung Liebe und Güte, statt Krieg und Zerstörung Friede, Verständigung und Völkerfreundschaft herrschen mögen.

Wir haben uns zum Ziel gesetzt, uns dafür einzusetzen, daß die Völkermorde, die in vielen Ländern der Welt gegen verschiedener Völker verübt worden sind, ins Bewußtsein gebracht und vom öffentlichen Gewissen verurteilt werden und daß neue Völkermorde verhindert werden. Weil die Mehrheit der in unserem Verein zusammengeschlossenen Menschen Staatsbürger der Republik Türkei sind, ist es für uns von besonderer Wichtigkeit, die Völkermorde, die auf dem Boden unseres Landes begangen worden sind, ins Bewußtsein zu bringen. Obwohl es eine historische Tatsache ist, daß in unserem Lande in den Kriegsjahren von 1915 bis 1923 mindestens drei Viertel der christlichen Völker unseres Landes (Armenier, Assyrer, Pontos-Griechen) durch Völkermord, Massaker und Vertreibungen vernichtet worden sind, wird das immer noch offiziell geleugnet. Das ist in unseren Augen eine große menschliche Schande. Wir wollen nicht, daß die Menschen unseres Landes, insbesondere das türkische Volk, gebeugt von der lastenden Schuld des Völkermords ins Jahr 2000 geht. Wir fordern, daß im 21. Jahrhundert Schluß ist mit Leugnung, Drohungen und Verleumdungen, daß der begangene Völkermord als eine historische Tatsache bestätigt wird und den betroffenen Völkern die Hand zu Friede und Versöhnung ausgestreckt wird.

Aus diesem Anlaß fordern wir, dass die Große Nationalsammlung der Türkei den Völkermord von 15 als historische Tatsache anerkennt, sich im Namen der Republik Türkei offiziell beim armenischen Volk und bei den anderen betroffenen Völkern entschuldigt und ihre aus dem Völkermord resultierenden Verpflichtungen entgegenkommt.

Wir glauben, daß die Anerkennung des verübten Völkermordes und das aufrichtige Bemühen um Wiedergutmachung sowohl die größte Garantie für Frieden und Freundschaft und eine sichere Zukunft für die Region ist, in der wir leben, als auch ein riesengroßer Schritt, unsere menschlichen Würde zu retten. Wir glauben, daß die Abgeordneten, die Zivilcourage besitzen und Achtung vor den Menschenrechten haben, werden ohne das geringste Zaudern diesen Schritt tun. Schließlich ist dieses nicht nur eine Forderung der betroffenen Völker, sondern auch von Staatsbürgern der Republik Türkei selbst, von denen über 10.000 der gesammelten 11.247 Unterschriften stammen. Bis heute haben etliche Institutionen und Gremien, begonnen von den internationalen Menschenrechtsorganisationen und religiösen Institutionen bis zur unteren Kommission der Vereinten Nationen, angefangen von Europa Parlament bis hin zu an der Zahl nicht wenigen nationalen und regionalen Parlamenten die Massenvernichtung und Vertreibung der Armenier durch die Ittihat ve

Terakki - Regime gemäß der Konvention über Völkermord der Vereinten Nationen von 1948 als ein Völkermordverbrechen anerkannt.

Als internationale nicht staatliche Einrichtungen haben im August 1983 der Welt Kirchenrat und 16. April 1984 „Ständige Tribunal der Völker„(beantragt von Groupement pour les Droits des Minorites aus Frankreich, Cultural Survival aus USA, Gesellschaft für bedrohte Völker aus BRD), sowie als internationale offizielle Gremien am 29. August 1985 die Unter-Kommission der Vereinten Nationen und am 18. Juni 1987 das Europa - Parlament den an den Armeniern begangenen Völkermord anerkannt und verurteilt. Darüber hinaus haben die Parlamente Bulgariens, Belgiens, Israels, Kanadas, GUS, sowie Uruguays, Griechenlands, Zyperns (Süd) und Frankreichs den an den Armeniern begangenen Völkermord offiziell anerkannt und verurteilt (wenn auch der französische Senat seine Bestätigung noch nicht gegeben hat). Einige Landes-Parlamente in Australien und in den USA, sowie Stadtparlamente fast aller Großstädte Italiens haben den Völkermord an den Armeniern ebenfalls offiziell anerkannt und verurteilt.

In eine Reihe von Staaten laufen Vorbereitungen, dieses Thema auf die parlamentarische Tagesordnung zu bringen, um es zu diskutieren und einen Beschluß darüber zu fassen. Am 5. Juli 1996 hat der Senat der USA die Gewährung einer Wirtschaftshilfe an die Türkei in Höhe von 25 Millionen Dollar davon abhängig gemacht, daß die Türkei den Völkermord an den Armeniern anerkannt und die Menschenrechtsverletzungen beendet. Die Staaten, die diese Frage zu einem Druckmittel im Sinne ökonomischer und militärischer Interessen machen, sehen sich einem wachsenden Druck der öffentlichen Meinung gegenüber. Es ist unausweichlich, daß auch diese Staaten in absehbarer Zeit die Tatsache des Völkermordes anerkennen müssen. Vor allen anderen allerdings ist es für die Türkei noch wichtiger und bedeutender, in der Frage des Völkermordes die Tatsachen anzuerkennen und damit zu verhindern, daß diese Frage zu einem Druck - und Erpressungsinstrument wird.

Wir sind der Meinung, daß bis heute mit Unterdrückung und Waffengewalt erzwungene „Einheit,, und erzwungene „Respekt,, in Wirklichkeit zu nichts anderem genützt haben, als Haß und Verachtung zu schüren, und auch in Zukunft nichts anderes hervorbringen werden. Wir glauben, daß pluralistisch - demokratische Einheiten auf der Basis der Achtung der Menschenrechte die einzige Garantie für Frieden und ein friedliches gesellschaftliches Zusammenleben ist. Wir wollen, daß in unsere heutigen Welt, in der die Grenzen immer mehr an Bedeutung verlieren und die zivilisierte Menschheit die ethnische und religiöse Vielfältigkeit als einen wunderbaren Reichtum wahrzunehmen beginnt, kein Einzelner und keine religiöse oder nationale Gemeinschaft mehr irgendwo Unterdrückung und Gewalt ausgesetzt sei. Aus diesem Grund wollen wir auch, daß rassistische Diskriminierung und Gewalt in unserem Lande aufhören. Wir fordern ein Ende der Bedrohung des kurdischen Volkes durch Völkermord und die Verwirklichung eines gerechten und erhabenen Friedens, der dem kurdischen Volk die nationalen Rechte garantiert. Wir möchten unser Land und unser Gesellschaft im 21. Jahrhundert unter den zeitgenössischen und ehrbaren Ländern sehen. Wir wünschen, daß das 21. Jahrhundert ein Jahrhundert des Friedens und der Völkerfreundschaft werde.

Im Namen des Vereins der Völkermordgegner grüßen wir Sie, verehrte Abgeordnete, und Sie, verehrter Herr Parlamentspräsident, mit vorzüglicher Hochachtung.

Für den Vereine der Völkermordgegner: Ali Ertem und I. Bülent Gül

(Unterschrift)

(Unterschrift)